

## Die Ratssitzung am 14. November 2017



### Rat im Rückblick

#### 33. Sitzung des Rates

**Der Rat tagte dieses Mal unter fünf Stunden und bereits ab 20.20 Uhr konnten sich Ratsmitglieder und Verwaltungsangehörige dem Fußballmatch Deutschland-Frankreich zuwenden oder Small Talk beim Medientreff im Consilium betreiben. Trotz der Kürze gab es im Rat einige „Highlights“: Die aktuelle Stunde zum Ebertplatz und die Ratsanträge des von CDU und GRÜNEN angeführten Haushaltsbündnisses zum Ausbau des KVB-Busnetzes und des neuen Angebots „Radeln ohne Alter“. Die wesentlichen Ratsbeschlüsse im Überblick.**

#### Aktuelle Stunde „Zukunft des Ebertplatzes gestalten“



Wie fast immer versuchte die SPD in der von ihr beantragten aktuellen Stunde die Oberbürgermeisterin für die umstrittenen Vorschläge aus der Verwaltung verantwortlich zu machen. Dabei war es die Oberbürgermeisterin, die Kündigungen der Ateliers in der Ebertplatzpassage stoppte. **Jörg Frank**, gewähltes Ratsmitglied für den Bezirk Altstadt Nord II, Neustadt Nord II, erklärte zur Lage: „Ein durchdachtes Vorgehen erwarten wir zuallererst von der Kölner Polizeiführung. Es ist ihre Aufgabe, Kriminalität zu bekämpfen und öffentliche Sicherheit zu schaffen. Ein nachhaltig wirkungsvolles Vorgehen zur Auflösung dieses Kriminalitätsschwerpunkts, das auch die Nebenwirkungen im Blick hat, kann nur von der Polizei in Ordnungspartnerschaft mit der Verwaltung sowie mit Unterstützung von Streetworkern Erfolg haben. Darüber hinaus ist nun ein Interimskonzept bis zur Neugestaltung des Platzes notwendig, die erst in einigen Jahren Gestalt annehmen kann. Dies sollte in erster Linie durch künstlerische und kulturelle Impulse erreicht werden. Deshalb wollen wir das Engagement und die Ideen der Atelier-Betreiber und Kunstschaffenden aufgreifen, damit ein tragfähiges Konzept entsteht.“ Einstimmig wurde „die Angelegenheit“ zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung verwiesen. Im Klartext: Nicht nur die GRÜNEN erwarten nun konstruktive Vorschläge für mehr Sicherheit und die Belebung im öffentlichen Raum.

#### Antrag: [„Radeln ohne Alter“](#)



Der Antrag des Sansibar-Bündnisses „Radeln ohne Alter“ wurde im Rat einstimmig beschlossen. Seniorinnen und Senioren sollen nun Ausflugsfahrten in Rikschas durch freie soziale Träger kostenlos angeboten werden. Durch dieses Angebot, das ursprünglich in Dänemark entwickelt wurde und in Köln derzeit durch die Sozialbetriebe-Köln (SBK) erprobt wird, wird die aktive Teilhabe mobilitätseingeschränkter Menschen auf einfache Weise möglich, gleichzeitig entsteht auch für die Fahrerinnen und Fahrer ein Mehrwert durch Begegnung, Austausch und dem Gefühl, etwas Gutes zu tun. Die GRÜNEN begrüßen es, wenn der Betrieb der Rikschas, z.B. durch Beschäftigungsträger für Langzeitarbeitslose angeboten wird.

- [Rede Marion Heuser](#)

## Antrag: „Offensive für Dach- und Fassadenbegrünung“



Was lange währt wird auch mal gut. Nachdem der ursprüngliche Antrag in den letzten zwei Ratssitzungen immer wieder vertagt wurde, da jede Gruppe und Fraktion einen eigenen Änderungsantrag vorgelegt hatte, kam es nun endlich zu einer einvernehmlichen Einigung. So wurde ein [Antrag](#) aller demokratischen Fraktionen und Gruppen verabschiedet. Für GRÜNE war es wichtig, dass neben der Dach- und Fassadenbegrünung auch die Entsiegelung im Bestand durch Bereitstellung von Mitteln im Stadthaushalt gewährleistet wird. Die notwendigen Ressourcen werden von der Haushaltsmehrheit CDU; GRÜNE; FDP und GUT im Haushalt 2018 zur Verfügung gestellt. Denn noch mehr Potentialanalysen, Prüfungen und dergleichen sind nicht notwendig. Handeln ist angesagt, dies wird auch auf der Klimakonferenz in Bonn deutlich.

## Antrag: „Einsatz von Sprachmittlern in städtischen Krankenhäusern“



Vor allem in Krankenhäusern und im Gesundheitswesen ist der kulturell sensible Umgang wie auch eine sprachliche Verständigung für Migrantinnen und Geflüchtete wichtig. Darin stimmen GRÜNE mit der Linken überein. Deshalb sollen in den städtischen Kliniken professionelle Sprachmittler eingesetzt werden. Allerdings handelt es sich hierbei nicht um eine kommunale Aufgabe. In den Kliniken existiert jedoch eine Liste mit Dolmetschern, die im Bedarfsfall hinzugezogen werden. Mit einem [Änderungsantrag](#) beauftragten CDU und GRÜNE die Verwaltung zu prüfen, inwieweit die sinnvolle Bereitstellung von Sprachmittler-Leistungen für Patientinnen und Patienten durch bereits vorhandene Kompetenzen des Klinik-Personals erfüllt werden kann und zum anderen, Gespräche mit den Kostenträgern (gesetzliche Krankenkassen, private Krankenversicherungen) aufzunehmen, um die Finanzierung von Sprachmittler-Leistungen für Patientinnen und Patienten zu gewährleisten.

- Im Original: [Antrag Linke](#)

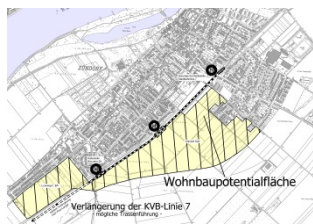
## Antrag „Stärkung und Ausweitung des KVB-Busnetzes“



Straßenbahnen und Busse sind in der „Rushhour“ immer nahezu voll. Die KVB muss mehr Kapazitäten schaffen. Aber die Erweiterung und Taktverdichtung von Stadtbahnlinien ist langwierig und teuer, also braucht es kurzfristige Interimslösungen, bis die neuen Straßenbahnlinien ihre „Fahrt“ aufnehmen können. Deshalb wollen die GRÜNEN, dass vorhandene Buslinien öfter fahren (Taktverdichtung) und neue Bus-Linien noch nicht gut erschlossene Stadtteile Kölns besser an die Innenstadt anbinden. Die KVB sollen dazu schnell umsetzbare Vorschläge machen. Die GRÜNEN möchten vor allem eine gute Anbindung von neuen Wohnbaugebieten, wie z.B. Widdersdorf-Süd, Rondorf, das Sürther Feld, der Mülheimer und der Deutzer Hafen. Aber auch Verbesserungen bei der „Unibuslinie“ sowie der Anbindung des Kölner Nordens müssen zügig beauftragt werden, ebenso wie im Rechtsrheinischen für die Linien 1 und 9 in Richtung Bahnhof Deutz, für die Linie 4 zum Wiener Platz. Fast schon selbstverständlich ist – wie mit der Linie 133 bereits realisiert, dass E-Mobilität nicht nur bei der Stadtbahn, sondern auch beim Bus das Antriebsmittel sein soll. Im Juli beschloss der Rat, für E-Mobilität bei der KVB 100% Ökostrom einzusetzen. Die GRÜNEN haben auch einen Finanzierungsvorschlag gemacht: Wirtschaftliche Verbesserungen bei der KVB sollen für den Busnetz-Ausbau genutzt werden. Und es sollen bei der Bundesregierung Mittel aus dem Mobilitätsfonds beantragt werden, die beim „Dieselgipfel“ in Aussicht gestellt wurden.

- Weitere Information: [Grüne Pressemitteilung](#)

## **Antrag „Chancen für Zündorf-Süd endlich nutzen“**



Zündorf-Süd gehört zu den Entwicklungsbereichen, die bereits seit 2007 als Option im Wohnungsbauprogramm gehandelt werden. Nun ist der Druck auf den Wohnungsmarkt so gestiegen, dass auch diese Fläche in ein Bebauungsplanverfahren überführt werden soll. Seit langem ist bekannt, dass mehr Wohnungsbau auch eine gute Verkehrsanbindung notwendig macht. Das ist nur machbar, wenn die Stadtbahnlinie 7 verlängert und eine Entlastungsstraße gebaut wird. Durch den beschlossenen [Änderungsantrag](#), den die GRÜNEN mit eingebracht haben, soll nun endlich Klarheit erreicht werden, unter welchen Bedingungen die Verlängerung der Linie 7 erfolgen kann, da es bisher keine Förderzusage des Landes gibt und ohne diese aber ein Ausbau nicht möglich ist. Ebenso wichtig ist, dass eine hohe Sensibilität auf die ökologischen Aspekte der Bebauung gerichtet werden, wie dies schon im Bürgerworkshop benannt wurde. Ohne Beachtung der gesamtstädtischen Klimaschutzziele, zeitgemäße Energieeffizienzstandards und die Berücksichtigung des Kaltluftentstehungsgebiets und der Frischluftschneise wird eine Bebauung nicht zu realisieren sein. Auch diese Zielsetzung halten die GRÜNEN für wichtig. Der Änderungsantrag wurde mit breiter Unterstützung beschlossen.

- Im Original: [Antrag](#)
- Informationen bei der Stadt über [Zündorf-Süd](#)

## **„Umweltbildungszentrum auf Gut Leidenhausen“**



Endlich bekommt Köln auch ein Umweltzentrum. Auf Gut Leidenhausen können die bereits vorhandenen Strukturen genutzt und weiter ausgebaut werden. Im Rahmen der Erstellung des „Ganzheitlichen Umweltbildungskonzeptes“ wurde deutlich, dass es in Köln zwar Angebote im Bereich der Umweltbildung gibt, diese jedoch bei Weitem nicht den erforderlichen Bedarf decken. So hat nur jedes 3. Kind im Alter von 6-15 Jahren die Chance, im Rahmen der außerschulischen Umweltbildung einmal im Jahr „draußen“ zu lernen. Die fünf städtischen außerschulischen Natur-Lernorte in Köln (Finkens Garten / Freiluga / Grüne Schule / Waldschule Köln / Zooschule) sind meist für 1-2 Jahre im Voraus ausgebucht und können der eigentlichen Nachfrage nicht nachkommen. Das neue Umweltbildungszentrum soll dabei vor allem im Umweltbereich tätige Initiativen mit den Bürgerinnen und Bürgern vernetzen und auf diese Weise informieren, aber auch die Eigeninitiative im Natur- und Umweltschutz des eigenen Wirkungsbereiches fördern. Einziger Wehrmutstropfen ist schlechte Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Hier sind kreative Lösungen gefragt. Die GRÜNEN verfolgen das in den Ausschüssen weiter.

- Link: [Gut Leidenhausen](#)

## **„Ombudsstelle für Flüchtlinge – Verlängerung der Befristung“**



Mit breiter Mehrheit beschloss der Rat die Weiterführung des Projekts „Ombudsstelle für Flüchtlinge“ für weitere 2 Jahre. 2016 wurde die Einrichtung einer zentralen und unabhängigen Anlaufstelle (Ombudsstelle) für Hinweise und Beschwerden zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen vom Rat beschlossen. Die Arbeit der Ombudsstelle hat sich seitdem bewährt; trotz aktuell sinkender Zahlen der in städtischen Einrichtungen untergebrachten Flüchtlinge wird das Angebot von den Bewohnenden und Akteuren der verschiedenen Unterkünfte zunehmend geschätzt und in Anspruch genommen. Die [Ombudsstelle](#) besteht aus 1,5 Stellen Fachpersonal und ist beim Kölner Flüchtlingsrat e.V. angebunden.

## Bürgerhaushalt 2016



Durch einen [Änderungsantrag](#) des Haushaltsbündnisses von CDU, GRÜNE, FDP und GUT wurde nun das Bürgerhaushaltverfahren 2016 abgeschlossen und die Verwaltung beauftragt, die priorisierten Vorhaben umzusetzen. Einige Bezirksvertretungen haben am Ergebnis der Bürgervoten, die in einem TOP-25-Ranking dokumentiert sind, nichts geändert. Sie wurden vom Rat so übernommen. Die Bezirksvertretungen 5, 8 und 9 haben die Bürgervorschläge priorisiert. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass auch die Bezirksvertretungen Rodenkirchen und Chorweiler die Bürgervoten priorisiert hatten. Dies wird nun der Finanzausschuss korrigieren, weil den Antragstellenden im Finanzausschuss eine fehlerhafte Information vorlag.

- Link: [Bürgerhaushalt 2017](#)

## „Neugestaltung der Domumgebung“ – Bereich Trankgasse



Mit diesem Beschluss werden die Grundlagen für die Neugestaltung der nördlichen Domumgebung gesetzt. Hauptziel der Planung ist die Erweiterung der Domplatte, um dem zunehmenden Besucherstrom ausreichend Platz zu bieten. Dazu wird die am Tunnelmund vorhandene und kaum benutzte Treppe dem oberen Bereich zugeschlagen und erhält eine klare Fassung. Das GRÜNE Augenmerk liegt allerdings vor allem auf einer attraktiven Fuß- und Radwegführung mit ausreichenden Flächen im Kreuzungsbereich Marzellenstraße/Trankgasse sowie auf einem „aufgeräumten Raum“ auf der Nordseite. Dazu müssen die Parkplätze vor dem Hotel weichen. Die Hotelzufahrt wird reduziert und die Außengastronomieflächen werden so geordnet, dass mehr Platz für Fußgängerinnen und Fußgänger zur Verfügung steht und das Fahrradparken erhält neue Flächen. Ein richtiger Schritt, sagen die GRÜNEN.

## **Neue MandatsträgerInnen der grünen Ratsfraktion**

### **Verkehrsausschuss**

Der langjährige sachkundige Einwohner Hans-Peter Vietzke wurde auf Vorschlag der GRÜNEN nun zum stimmberechtigten sachkundigen Bürger gewählt. Er nimmt die Position der grünen Ratsfrau Marion Heuser ein, die sich auf ihre vielfältigen Aufgaben in der Sozialpolitik konzentriert.

### **Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales**

Thomas Hilden wurde für die GRÜNEN anstelle des ausgeschiedenen Rechtsanwalts Franz Hess als sachkundigen Einwohner für den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales gewählt.

### **Stiftungsrat RheinEnergie-Stiftung Jugend, Beruf und Wissenschaft**

Das neue grüne Ratsmitglied Ulrike Kessing wurde in den Stiftungsrat RheinEnergie-Stiftung Jugend, Beruf und Wissenschaft gewählt. Svenja Rabenstein (GRÜNE) hat mit der Niederlegung ihres Ratsmandats auch ihr Mandat im Stiftungsrat aufgegeben.

---

## [Komplette Tagesordnung der Sitzung Rat incl. aller Vorlagen](#)

### **Impressum:**

Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Kölner Rat  
 Rathaus – Spanischer Bau \* Rathausplatz 1 \* 50667 Köln Tel.: 0221 – 211 25919 \* Fax: 0221 – 221 24555  
 Mail: [Gruene-fraktion@stadt-koeln.de](mailto:Gruene-fraktion@stadt-koeln.de) [www.gruenekoeln.de](http://www.gruenekoeln.de) -  
 V.i.S.P.: Jörg Frank, Fraktionsgeschäftsführer